

Abgeordnetenversammlung vom 16.-18. Juni 2013 in Filzbach

Resolution der Abgeordnetenversammlung des Schweizerischen Evangelischen Kirchenbundes betreffend bedrohte Christen und Christinnen

In Anbetracht

- des universalen Menschenrechts auf Religionsfreiheit
- der humanitären Tradition, auf die sich die Schweiz beruft und
- der grossen Betroffenheit der Schweizer Christen über die zunehmend bedrohliche Lage von Christen in verschiedenen Regionen der Welt, insbesondere im Nahen Osten

fordert die Abgeordnetenversammlung des Schweizerischen Evangelischen Kirchenbundes den Bundesrat auf, sich im Rahmen seines Einsatzes für die Menschenrechte auch entschieden und verstärkt gegen Diskriminierung, Ausgrenzung und Bedrohung von Christen und Christinnen einzusetzen.

Die Abgeordnetenversammlung der Schweizerischen Evangelischen Kirchenbundes ruft den Bundesrat insbesondere auf:

1. Diskriminierung, Ausgrenzung und Bedrohung von Christen gegenüber den politisch Verantwortlichen weiterhin deutlich anzusprechen.
2. Die Gewissens-, Meinungs-, Versammlungs- und Religionsfreiheit sowie die Rechtsicherheit auch für Christen nachdrücklich einzufordern.
3. Kredite zu erhöhen, die zugunsten von Projekten in Ländern beantragt werden, die den interkulturellen und interreligiösen Dialog, das friedliche Zusammenleben der Religionsgemeinschaften und die Stärkung der Zivilgesellschaft fördern.
4. Die Beobachtung und Beurteilung der Lage der christlichen Kirchen als festen Bestandteil der aussenpolitischen Agenda der Schweiz zu etablieren.
5. Das Personal des EDA im Ausland gezielt auf religiöse Fragen zu sensibilisieren und entsprechend auszubilden.

Bern, 16. Juni 2013

Schweizerischer Evangelischer Kirchenbund
Die Abgeordnetenversammlung

Die Präsidentin	Der Sekretär
Verena Enzler	Philippe Woodtli